

24. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

17. Mai 1951.

265/J

A n f r a g e

der Abg. H o n n e r und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Ausweisung volksdeutscher Arbeiter aus dem Gebiet der
Republik Österreich.

-.-.-

Das Bundesministerium für Inneres hat schon vor mehreren Monaten volksdeutsche Arbeiter wegen der Bekundung ihrer Solidarität mit ihren österreichischen Arbeitskollegen aus Österreich ausgewiesen. Es hat sich zu diesem Zweck einer Verordnung bedient, die aus der Zeit des nationalsozialistischen "Grossdeutschland" stammt und den Geist des Faschismus atmet.

Dieser ersten Ausweisungsaktion des Bundesministeriums für Inneres ist aber nun eine zweite gefolgt. Vor kurzem wurden gegen volksdeutsche Arbeiter Aufenthaltsverbote erlassen, weil sie einen Protest gegen eine ^{kundig}offen/verfassungswidrige Weisung des Bundesministeriums für Inneres unterschrieben haben. Unter Bruch der Verfassung hat nämlich das Bundesministerium für Inneres ein Redeverbot gegen den Vorsitzenden des Komitees antifaschistischer und fortschrittlicher Volksdeutscher, den österreichischen Staatsbürger Dr. Nagy, in Form einer Weisung an die Sicherheitsbehörden erlassen. Und dieser empörende Verfassungsbruch hat auch den Protest volksdeutscher Arbeiter hervorgerufen. Die Folgerung, die die unter der Leitung des Bundesministeriums für Inneres stehenden Behörden daraus ziehen, ist, dass sie diesen volksdeutschen Arbeitern ihr Asylrecht in Österreich entziehen wollen. Die Behörden, die mit ihrem Redeverbot die Verfassung gebrochen haben, behaupten, dass Arbeiter, die gegen diesen Verfassungsbruch protestieren, eine "staatsabträgliche Einstellung offen zum Ausdruck gebracht haben" und der ihnen in Österreich gewährten Gastfreundschaft nicht würdig seien. Da sie den Protest gegen antidemokratische Massnahmen fürchten, haben diese dem Bundesminister für Inneres unterstehenden Behörden sogar die sofortige Vollziehung der Aufenthaltsverbote angeordnet.

25. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 17. Mai 1951.

Die unterzeichneten Abgeordneten protestieren auf das entschiedenste gegen diese den Grundsätzen der Demokratie und der Menschlichkeit hohnsprechende Handlungsweise der Sicherheitsbehörden, die dem Bundesminister für Inneres unterstellt sind, und richten an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e n :

- 1.) Ist der Bundesminister für Inneres bereit, die Aufenthaltsverbote für die antifaschistischen volksdeutschen Arbeiter, die gegen das verfassungswidrige Redeverbot gegen den österreichischen Staatsbürger Dr. Nagy protestiert haben, sofort wieder rückgängig zu machen?
- 2.) Ist der Bundesminister für Inneres bereit, die ihm unterstehenden Sicherheitsbehörden anzuweisen, in Zukunft die Ausländerpolizei im Geiste der Demokratie und der Menschlichkeit zu handhaben und demokratische und antifaschistische Ausländer nicht in ihren Rechten zu verletzen?

---.---.---